

Gemeinsam mehr erreichen

Interview mit Wolfgang Peiner, Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, über Fortschritte bei der Umsetzung des Hamburger e-Government-Fahrplans und die Zusammenarbeit der nördlichen Bundesländer bei der IT-gestützten Verwaltungsmodernisierung.

Herr Dr. Peiner, Sie haben jetzt zusammen mit Ihrem schleswig-holsteinischen Kollegen Dr. Stegner das neue Gemeinschafts-Unternehmen Dataport vorgestellt. Was waren die Gründe für die Schaffung der neuen Einrichtung?

Eine moderne IT-Ausstattung der öffentlichen Hand, ein zuverlässiger Support und ein zukunftsweisendes e-Government brauchen einen leistungsfähigen IT-Dienstleister. Wir haben ihn gemeinsam gegründet und gehen mit Dataport einen neuen Weg. Nach mehreren Jahren guter Zusammenarbeit der beiden norddeutschen Datenzentralen ist die Fusion für mich ein logischer Schritt. Auch wenn beide Bundesländer im föderalen Wettbewerb miteinander stehen, verbindet sie doch zwei Ziele: Mit denselben Mitteln wollen wir mehr erreichen. Gleichzeitig wollen wir die heutigen und künftigen Erwartungen von Bürgern und Unternehmen in den Staat und seine Dienstleistungen erfüllen. Dazu brauchen wir Dataport als verlässlichen, aber auch kostengünstigen und wettbewerbsfähigen IT-Dienstleister mit hochqualifiziertem Personal. Das Unternehmen wird ein sicherer Hafen für unsere Daten sein.

In der Wirtschaft ist insgesamt ein starker Trend hin zu Fusionen erkenn-

bar. Allerdings zeigen Studien, dass sehr viele dieser Projekte scheitern.

Dieses Risiko sehe ich hier nicht. Beide Datenzentralen bringen Markt und Kunden mit ein. Beide Regierungen als „Gesellschafter“ des neuen Unternehmens Dataport sind sich einig. Die Mitarbeiter bringen Kompetenz und Vertrauen mit in das neue Unternehmen, das an zwei Standorten – in Schleswig-Holstein und Hamburg – präsent ist. Und Dataport hat ein gutes Entwicklungspotenzial, um bestehende Geschäftsfelder auszubauen und sich neue zu erschließen. Es gibt also nur Gewinner.

Dataport ist nur eines von vielen länderübergreifenden e-Government-Projekten, an denen die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligt ist. Wieso engagieren Sie sich hier so stark?

Bei allem Föderalismus muss das Rad nicht mehrfach erfunden werden und e-Government macht an Ländergrenzen nicht halt. Deshalb brauchen wir eine konkrete Zusammenarbeit anstatt abstrakter Debatten beispielsweise über Länderneugliederungen oder Zuständigkeiten. Beim e-Government können wir alle etwas tun. Die Initiative Deutschland-Online ist daher richtig. Wir selbst fördern und forcieren e-Go-

vernment in der Metropolregion Hamburg. Nach dem Grundsatz „Einige für alle“, aber auch teilweise in Public Private Partnership, können e-Government-Projekte gezielt und kostengünstig entwickelt und dann bei vielen umgesetzt werden.

Hamburg hat zudem eine ganze Reihe von erfolgreichen eigenen e-Government-Serviceangeboten gestartet, etwa das HamburgGateway. Was zeichnet das HamburgGateway aus?

Das HamburgGateway ist nicht einfach ein Portal wie www.hamburg.de. Es handelt sich um einen einfachen, sicheren und kostengünstigen Online-Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen im Internet für breite Nutzerschichten. Das HamburgGateway wird dabei auch höheren Sicherheitsanforderungen gerecht. Konstruktion und Akzeptanz aller elektronischen Signaturen erlauben derzeit noch nicht, was das HamburgGateway bietet. Es wird gut angenommen und bietet



Dr. Wolfgang Peiner

sich durchaus auch für andere öffentliche Verwaltungen an.

Wie liegen Sie insgesamt bei der Umsetzung des Hamburger e-Government-Fahrplans?

Unser aktueller e-Government-Fahrplan, den wir jedes Jahr fortschreiben, enthält über 200 Projekte, von denen rund 50 umgesetzt sind. Wir haben alle städtischen Online-Services unter einer Adresse – www.service.hamburg.de – zusammengefasst. Weitere rund 50 Projekte haben wir uns für das laufende Jahr vorgenommen. Hinzu kommen der Ausbau unseres verwaltungsinternen Wissensmanagements, ein hamburgweites Bildungsportal und ein gemeinsames Call Center für die Hamburger Bezirksverwaltung.

Auch in der Metropolregion Hamburg gibt es ein „Projekt E-Government“. Auf welche Weise bringt sich die Freie und Hansestadt hier ein?

Wir bauen die erfolgreiche bisherige Kooperation mit den 14 Kreisen der Metropolregion Hamburg konsequent weiter aus. Dafür brauchen wir eine gemeinsame IT-Infrastruktur als Basis einer Vielzahl von e-Government-Angeboten. Diese errichten wir derzeit. Darüber hinaus müssen rechtliche Hürden beseitigt werden. Hier sind wir auf einem guten Weg. Am Ende steht dann eine e-Government-Metropolregion für rund vier Millionen Menschen in drei Bundesländern. Deshalb investieren wir hier personell und finanziell und bringen unsere Erfahrungen im Betrieb von Netzen und Anwendungen ein.

Interview: Sabine Schutz

Statement

Offener Grenzverkehr für Daten

Die länderüberschreitenden e-Government-Initiativen der nördlichen Bundesländer haben nichts mit einer zwangweisen Zusammenlegung zu tun, sondern entspringen einem pragmatischen Blick für die Realitäten. Dies erklärt Uwe Döring, Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Mit der zunehmenden Zentralisierung von Verwaltungstätigkeiten haben die politisch Verantwortlichen nicht nur verstärkten Aufwand für den Datenschutz im Sinne der Datenschutzgesetze zu betreiben, sie stoßen auch an die Grenzen des Föderalismus.

Durchgängige Verwaltungsprozesse nicht nur über Kommunal-, sondern auch über Ländergrenzen hinweg stehen oftmals im Widerspruch zum Örtlichkeitsprinzip. Hier gilt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten und teilweise auch Gesetze zu ändern. Dabei kann es nicht Intention sein, Kommunen oder Länder zwangsweise zusammenzulegen, die jeweiligen Grenzen müssen aber nicht für Daten und Verwaltungsprozesse gelten. Gerade dies wird leider oft vergessen.

Mit Dataport haben die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein daher einen gemeinsamen IT-Dienstleister ins Leben gerufen, der alle Verwaltungen der beiden Länder bei der Aufgabenerfüllung mit Infor-

mationstechnik unterstützt.

Eine gemeinde-, kreis- und länderübergreifende Zusammenarbeit wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Metropol-

region Hamburg in zwei Pilotprojekten erprobt. Die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, Melde- oder Kfz-Angelegenheiten in jeder beliebigen Verwaltungsstelle abzuwickeln. Erkenntnisse aus diesen Pilotprojekten sollen später in den norddeutschen Ländern umgesetzt werden. Weitere wichtige Projekte des Landes Schleswig-Holstein, die sich bereits im fortgeschrittenen Stadium der Umsetzung befinden, sind der Aufbau von Kopfstellen in den Kreisen und in den kreisfreien Städten für die Entgegennahme und Weiterleitung von Geodaten sowie die Errichtung einer landesweit einheitlichen Public-Key-Infrastruktur. Zu nennen ist auch der Aufbau eines landesweit wirkenden Verzeichnisdienstes.

Die Informationstechnologie bietet uns wirksame Instrumente der Rationalisierung von Verwaltungsprozessen. Es ist jetzt Aufgabe der Politik, durch gezielte Weichenstellung dafür zu sorgen, dass e-Government nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern zur Verbesserung der Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger beiträgt.



Uwe Döring